

Empfohlen von der  
**Familien-Partei**

# öödp

Ökologisch-Demokratische Partei

[www.oedp-bw.de](http://www.oedp-bw.de)

öödp

Ökologisch-Demokratische  
Partei

## Landespolitisches Programm 2006

Leben mit Zukunft.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

wir wünschen Ihnen den Mut zum politischen Wechsel. Seien Sie „Entschlossen statt verdrossen“, wie es auf einem der ödp-Plakate zur Landtagswahl in Baden-Württemberg heißt. Es liegt an Ihnen, ob Sie den politischen Ideen zustimmen, die wir Ihnen im folgenden Wahlprogramm vorstellen und die wir nur mit Ihrer Hilfe umsetzen können. Jede Stimme für die ödp steht für eine bessere Zukunft. Sie ist keinesfalls verschenkt. Sie stärkt uns und fehlt den anderen. Wenn Sie ödp-Gedanken umgesetzt haben wollen im Parlament, müssen Sie auf dem Wahlzettel die Kandidatin oder den Kandidaten der Ökologisch-Demokratischen Partei ankreuzen. Wer taktisch wählt und sich für das sogenannte „Kleinere Übel“ entscheidet, das er eigentlich gar nicht haben möchte, der verschenkt seine Stimme nicht, der vergeudet sie.

Die ödp ist die stärkste und aktivste außerparlamentarische Partei in Baden-Württemberg. Mitglieder von uns sitzen in zahlreichen Ortschaftsräten, Gemeinderäten, Kreistagen und im Parlament der Region Stuttgart. Sie arbeiten in zahlreichen kirchlichen, sozialen und karitativen Organisationen. Durch Ihre Wahlentscheidung für die ödp stärken Sie deren Position und geben ihnen Kraft für ihren weiteren Einsatz für eine progressive Familienpolitik durch ein Brutto-Erziehungsgehalt in Form eines festen Arbeitsplatzes zu Hause inklusiv sozialer Absicherung mit Krankenkassen- und Rentenanspruch. Wir treten im Unterschied zu allen anderen im Landtag vertretenen Parteien konsequent für eine Gentechnik freie Lebensmittelproduktion ein inklusive dem Tierfutter. Den faulen Atomstromkompromiss der letzten rot-grünen Bundesregierung lehnen wir ab. Wir setzen der neo-liberalen Globalisierung einen christlich begründeten und ethisch anspruchsvollen Umgang mit der Umwelt und ihren von Natur aus beschränkten Ressourcen entgegen. Außerdem - und darauf sind wir durchaus stolz - sind wir die einzige Partei, die keine Firmenspenden nimmt. Durch diese wird Politik gekauft und zum Spielfeld von Großkonzernen und Wirtschaftsverbänden. Firmenspenden korrumpieren Politik.

Bringen Sie Bewegung in die verknöcherte politische Landschaft und entscheiden Sie sich für eine progressive Politik. Wählen Sie ödp. Sie haben nur eine Stimme, vergeuden Sie sie nicht.

# Inhalt

Worum es uns geht	4
Ökologie und Umweltschutz	5
Demokratie	6
Gleichstellungspolitik	8
Familienpolitik	9
Schulpolitik	11
Hochschulpolitik und Forschung	13
Medienpolitik	14
Finanzpolitik	15
Privatisierung	16
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	17
Siedlungs- und Verkehrspolitik	19
Energiepolitik	22
Landwirtschaft	24
Natur- und Landschaftsschutz	26
Tierschutz	27
Innere Sicherheit und Justiz	28
Jugend	30
Senioren	31
Menschen mit Behinderung	32
Integration	33
Politischer Extremismus	34
Mobilfunk	35
Nachwort	36

## Worum es uns geht:

Immer mehr Menschen fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten und kehren, aus oft verständlichen Gründen, der Politik den Rücken. Inzwischen geben bei Wahlen bereits weniger als die Hälfte aller Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Dies ist für eine Demokratie ein bedenklicher Zustand.

Die ödp tritt dieser Resignation mit ihrem basisdemokratischen Programm entgegen. Mit über 50 kommunalen Mandaten in Baden-Württemberg tragen wir schon heute politische Verantwortung. Auch auf Landesebene mischen wir uns ein, um unser zentrales politisches Ziel, die Bewahrung der Lebensgrundlagen für uns und die kommenden Generationen, voranzubringen. Der Schutz des menschlichen Lebens von der Zeugung bis zum natürlichen Tod, die Achtung von Menschenrechten und Menschenwürde und eine Politik, die auf christlichen Werten aufbaut, sind für uns unverzichtbar. Dazu gehören auch der verantwortungsbewusste Umgang mit Wasser, Boden, Luft, Energie, Rohstoffen, aber auch der Umgang mit den Finanzen. Das soziale Miteinander muss gestärkt werden. Sinnvolle Arbeitsplätze für alle müssen und können geschaffen werden. Lebens- und Wirtschaftsweise müssen sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren.

Wie Sie diese Ziele in Baden-Württemberg mit uns erreichen können, erfahren Sie in knapper Form im vorliegenden Programm. Wir haben uns darin auf landespolitische Kernthemen konzentriert.\* Dennoch werden immer wieder auch bundespolitische Themen angeführt. Eine Landesregierung hat über Bundesratsinitiativen und die Mitarbeit in Bundesrat und Bundestag durchaus die Möglichkeit, auch bundespolitische Themen mit zu beeinflussen.

\*Unser Bundespolitisches Programm sowie einzelne Themenblätter informieren Sie umfassender über unsere Konzepte zu Themen wie: Arbeitsmarkt-, Steuer-, Renten- und Außenpolitik, Familienpolitik, Tierschutz, Abfall- und Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung, Klimaschutz, Bodenschutz, Gentechnik und Schienenverkehr.

## Ökologie und Umweltschutz: Zukünftigen Generationen verantwortlich

Die Politik der ödp orientiert sich in allen Bereichen am Grundsatz der Nachhaltigkeit. Dies gilt besonders für die Umweltpolitik. Die bisherige Umweltpolitik in Baden-Württemberg hat die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllt.

Umweltpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Wasser und Boden möglichst unbelastet zu erhalten und damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Lösung globaler Probleme, wie den Treibhauseffekt oder die Zerstörung der Ozonschicht, zu leisten. Die weitere Zersiedelung der Landschaft und die gezielte Verminderung der biologischen Artenvielfalt müssen verhindert werden. Auch die Entsorgung von stillgelegten Atomkraftwerken stellt Wirtschaft und Umwelt über Jahrzehnte hinweg vor große Probleme.

Eine zentrale Strategie der Umweltpolitik muss die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch sein. Grundsätzlich hinterfragt werden muss hier auch das unreflektierte kontinuierliche Wachstumsdenken.

Unsere Zivilisation belastet die Umwelt in erheblichem Maße. Es muss uns allen bewusst werden, dass ein verschwenderischer Lebensstil nicht zukunftsfähig ist.

### **Die ödp fordert:**

- § Die Entwicklung und Verbreitung von energie- und ressourcensparenden Produktionstechniken müssen mit Hilfe landesweiter Förderprogramme unterstützt werden.
- § Freiwilliges, umweltfreundliches Verhalten von Unternehmen muss stärker als bisher belohnt werden, beispielsweise durch Genehmigungserleichterungen.
- § Forschungs- und Ausbildungszentren zum sicheren Rückbau von Atomkraftwerken müssen geschaffen werden.
- § Die Versicherung von Atomkraftwerken muss auch die möglichen Folgen eines Super-GAU umfassen.
- § Mehr marktorientierte Steuerungsinstrumente wie CO<sub>2</sub>-Steuern müssen eingeführt werden, um die Anstrengungen zum Schutz der Umwelt weiter auszubauen.

**Wer ödp wählt, kämpft für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen hier im Land und weltweit!**

# Demokratie:

## Wider die Politikverdrossenheit

Die Finanz- und Spendenaffären der letzten Zeit zeigen bedrohliche Entwicklungen für unsere Demokratie auf:

- § Tricks ungesetzlicher Parteienfinanzierung.
- § Ehrenwort zur Verschleierung illegaler Parteispenden.
- § Ungenierte Bereicherung von Parteien durch Annahme von Spenden von Unternehmen mit Landesbeteiligung.
- § Fehlendes Unrechtsbewusstsein bei den Ertrappten.

All dies belegt, dass nicht wenige Politiker und etablierte Parteien den Staat und seine finanziellen Ressourcen als Ausbeutungsobjekt ansehen. Wurde den Parteien im Grundgesetz ursprünglich ein „Mitwirkungsrecht an der politischen Willensbildung des Volkes“ zuerkannt, so versuchen die etablierten Parteien heute, große Teile des öffentlichen Lebens unter ihre Kontrolle bzw. unter die Kontrolle von Wirtschaftsunternehmen zu bringen. Gleichzeitig werden von ihnen immer mehr Entscheidungen schon im Vorfeld aus den Volksvertretungen hinaus in Koalitionsrunden und andere in der Verfassung nicht vorgesehene Kreise verlagert.

Viele Bürgerinnen und Bürgern sehen ihre Interessen nicht mehr vertreten. Es wachsen Unverständnis, Verdross und ein Gefühl der Ohnmacht. Dies schlägt sich in schwachen Wahlbeteiligungen oder Proteststimmen für radikale Parteien nieder. Die Demokratie als zentraler Wert unserer Gesellschaft muss aber unbedingt bewahrt werden. Dazu bedarf es möglichst vieler engagierter und verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger und stärkerer Elemente der direkten Demokratie.

### Die ödp fordert:

- § Der Landtag muss, um seine Kontrollfunktion besser wahrnehmen zu können, vom Teilzeit- zum Vollzeitparlament umgestaltet werden.
- § Es gibt im Schnitt nur zwei Landtagssitzungen im Monat. Deshalb ist eine Anwesenheitspflicht einzuführen.
- § Ausschusssitzungen müssen zum Großteil öffentlich abgehalten werden.
- § Keine Aufsichtsratsmandate, Vorstandstätigkeiten oder Beraterverträge in Wirtschaftsunternehmen für Regierungsmitglieder.
- § Kein Landtagsabgeordneter darf in mehr als einem Aufsichtsgremium von Unternehmen mit Landesbeteiligung vertreten sein.
- § Ein Landtagsabgeordneter darf nicht in Aufsichtsgremien von privaten Wirtschaftsunternehmen vertreten sein.
- § Die Regierungsmitglieder und Landtagsabgeordneten sind in angemessener Form am Aufbau ihrer Versorgungsansprüche zu beteiligen.
- § Eine unabhängige Kommission muss über die Diäten der Abgeordneten entscheiden.

- § Volksbegehren auf Landesebene sind durch die deutliche Herabsetzung der geforderten Mindestzahl der Unterschriften zu erleichtern. Beim Volksentscheid soll die einfache Mehrheit gelten, Abstimmungshürden müssen beseitigt werden.
- § Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen entsprechend erleichtert und auf Kreis- und Ortschaftsebene neu eingeführt werden.
- § Einbindung der Bürgerschaft über die Lokale Agenda 21 in kommunale Entscheidungen.
- § Die Beschränkung von Volks- und Bürgerbegehren auf einige wenige Politikfelder muss aufgehoben werden.
- § Landrätinnen und Landräte sowie (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister dürfen dem Landtag nicht angehören.
- § Landrätinnen und Landräte müssen direkt von der Bevölkerung gewählt werden.
- § Der/die Landesdatenschutzbeauftragte ist nicht mehr dem Innenministerium, sondern direkt dem Landtag zuzuordnen. Dieser wählt sie/ihn mit 2/3-Mehrheit.
- § Die Verantwortlichkeit von Politikern muss auf ein politisches Amt oder Mandat beschränkt werden.
- § Wahlen dürfen nicht elektronisch durchgeführt werden.

**Wer ödp wählt, setzt sich für die Entflechtung von Politik und Wirtschaft ein und erleichtert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen!**

## **Gleichstellungspolitik: Gleichstellung von Frauen und Männern**

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf, Gesellschaft und politischem Leben ist für uns ein wichtiges Anliegen. Artikel 3 des Grundgesetzes verpflichtet zwar zu dieser Gleichstellung, in der Realität ist Chancengleichheit jedoch noch lange nicht erreicht. Daher wollen wir zum einen gegen rechtliche Ungleichbehandlung angehen, zum anderen muss die tatsächliche Umsetzung der formalen Gleichstellung erreicht werden. Mitentscheiden ist dabei wichtig – in der Politik, im Management und an der Spitze von Wirtschaft und Wissenschaft.

### **Die ödp fordert:**

- § Das Bewusstsein in der Öffentlichkeit muss dahingehend gestärkt werden, dass Männer und Frauen diese Gleichstellung verwirklichen können.

**Wer ödp wählt, macht sich für die tatsächliche Verwirklichung dieser Gleichstellung stark!**

# Familienpolitik:

## Wer Zukunft will, muss in Familie investieren!

Baden-Württemberg braucht eine starke, aufmerksame und positiv motivierte junge Generation, um sich zukunftsfähig weiterentwickeln zu können. Kinder benötigen in unserer immer komplexer werdenden Gesellschaft jahrelange, verantwortungsvolle Begleitung, bis sie sich sicher zurechtfinden. Sie sollen schon früh lernen, die politischen und gesellschaftlichen Prozesse zu erkennen, die sie und ihre sich rasch verändernde Welt immer umfassender bestimmen. Lernt ein Kind seine Eltern als anteilnehmend und kompetent schätzen, hat das positive Folgen für das Kind selbst, für den Familienverband und letztlich für den Zusammenhalt unter den Generationen.

### **Gleichwertigkeit von elterlicher Erziehungsarbeit und außerhäuslicher Erwerbsarbeit**

Werden Kinder außerhalb der eigenen Familie betreut und erzogen, gilt dies als wichtige Arbeit, die selbstverständlich bezahlt wird. Die Kosten tragen zu ca. 85 % die Kommunen und das Land. Tagesmütter werden neuerdings als „Existenzgründerinnen“ bezeichnet und umworben. Übernehmen aber Mutter oder Vater diese Arbeit, erhalten sie dafür kein Entgelt. Das Familieneinkommen sinkt durch den Wegfall eines Gehalts, während gleichzeitig die Ausgaben mit jedem Kind steigen. Für die spätere Rente einer verheirateten Mutter wird nur ein Jahr pro Kind als Beitragszeit angerechnet. Erst bei Kindern, die ab 1992 geboren wurden, sind es drei Jahre. Dies ist eine krasse Unterbewertung der elterlichen Erziehungsarbeit. Unser Rentensystem kann nur dann funktionieren, wenn sowohl der finanzielle Beitrag der Erwerbstätigen als auch die Leistung der Erziehenden in den Familien angerechnet werden.

Die Gesellschaft, das heißt, jede und jeder Einzelne von uns, profitiert vielfach von einer verantwortlich wahrgenommenen Kindererziehung. Dies wird besonders wichtig in den späten Lebensjahren der Eltern (ein wenig beachteter Aspekt): Mit der frühen Ausbildung stabiler emotionaler Bindungen über ausreichende Zuwendung werden sich Kinder eher bereit finden, die Pflege der Eltern selbst zu übernehmen - professionellem Pflegepersonal wird schon heute nicht ausreichend Zeit dazu eingeräumt.

Oft werden die Eltern zum Sündenbock für Missstände und Fehlentwicklungen jeder Art gemacht. Dabei wird nicht gesehen, dass unsere Gesellschaft den Begriff „Arbeit“ ausschließlich für die Erwerbsarbeit gelten lässt, auch im Zusammenhang mit dem allgemeinen Verständnis von Frauenemanzipation: Nur das selbst erzielte Einkommen schafft persönliche Unabhängigkeit. Den in den Familien Erziehenden wird diese Unabhängigkeit bislang vorenthalten.

Verantwortliche Kindererziehung kann nicht irgendwie und nebenbei erledigt werden. Sie braucht gute Nerven, Zeit für liebevolle Zuwendung und konsequentes Durchstehen von Konflikten. Sie ist eine geldwerte Dienstleistung der Eltern für die Gesellschaft. Ihre Vernachlässigung zieht hohe Folgekosten nach sich.

### **Die ödp fordert:**

§ Erziehende dürfen weder ein „Leistungsloses Grundeinkommen“ noch ein „Bürgergeld“ noch einen „Lohnersatz“ erhalten, sondern ihnen muss ein eigenständiges Erziehungseinkommen mit Rentenanspruch zustehen.

**Wer ödp wählt, macht sich stark für die Keimzelle der Gesellschaft: Die Familie!**

## **Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit - Einrichtungen zur öffentlichen Kinderbetreuung**

Eltern müssen finanziell so gestellt werden, dass sie entscheiden können, wie und durch wen ihre Kinder betreut werden. Die gängige Praxis, öffentliche Gelder ausschließlich für die Bezuschussung der Kindererziehung in Krippen, Kindergärten, Schulen und Horten einzusetzen, diskriminiert die von finanziellen Zuwendungen ganz ausgeschlossene elterliche Erziehungsarbeit. Die Erziehung der Kinder durch die leiblichen Eltern freilich sollte diesen wie auch der Gesellschaft als besonders wertvoll gelten. Die Eltern sind die natürlichsten und wichtigsten Vorbilder, die langfristig verantwortlich die Kinder prägen. Die Ganztagsbetreuung fördert die Distanz zu den Eltern und führt zu einem Bezugsverlust.

In Baden-Württemberg geht es aktuell darum, das Angebot an öffentlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder vom ersten Lebensjahr an auszubauen. Ein Krippenplatz kostet die öffentliche Hand mindestens 600 Euro monatlich. Eltern, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, verzichten auf diese öffentliche Zuwendung. Hauptsächlich Müttern wird so für Erziehungsarbeit ein Erwerbseinkommen vorenthalten. Die staatlichen Rahmenbedingungen hebeln die Bestimmung des Artikel 6 Grundgesetz aus, dem zu Folge die Erziehung der Kinder „das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht“ ist. Das Prinzip der elterlichen Entscheidungsfreiheit muss durch die Gleichbehandlung von elterlicher und öffentlicher Betreuungsleistung bei der staatlichen Förderung durchgesetzt werden. Das Instrument dazu wäre die bundesweite Einführung eines steuer- und abgabenpflichtigen Erziehungseinkommens unter Wegfall des Bundeserziehungsgelds.

### **Die ödp fordert:**

- § Die Landesregierung muss eine Bundesratsinitiative zur Einführung des Erziehungsgehalts auf Bundesebene starten.
- § Als Zwischenlösung muss das Landeserziehungsgeld weiter ausgebaut werden. Besonders für die Eltern von dritten und weiteren Kindern müssen die Einkommensgrenzen und Laufzeiten deutlich angehoben werden, weil besonders für den Elternteil, der die Verantwortung für die Kinder übernimmt, eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit nicht zumutbar ist.
- § Für die Qualifizierung junger Menschen als zukünftige Eltern müssen die Themen Hauswirtschaft, Kinderpflege, Kindererziehung und Familienrecht in die Bildungspläne der Schulen aufgenommen werden.
- § Das Angebot der „verlässlichen Grundschule“ bzw. der Kernzeitbetreuung ist zu begrüßen. Die Betreuung ist aber inhaltlich so zu gestalten, dass Kinder, die dieses Angebot nicht wahrnehmen, weil ein Elternteil in dieser Zeit die Betreuung selbst übernimmt, keine Nachteile bei der Entwicklung ihres Wissensstands haben.
- § Die Förderung von Teilzeitstellen und die Erleichterung von Elternzeit auch für Väter.

**Wer ödp wählt, spricht sich nicht allein für Chancengleichheit und die paritätische Förderung von elterlicher und öffentlicher Kinderbetreuung aus, sondern bewahrt in einer intakten Familie ein anzustrebendes Ideal und ein wesentliches Element des Wertesystems!**

# Schulpolitik:

## Wertorientierte Bildung dient dem Einzelnen und der Gesellschaft

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition. Es geht hierbei um mehr, als den Anforderungen der Wirtschaft oder der Wissenschaft gerecht zu werden. Es geht um die Selbstverwirklichung des Menschen in der Gesellschaft von heute und morgen. Nachlassende Erziehungskraft von Eltern, Ausbildungsunfähigkeit von Lehrstellenbewerbern, Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen, Probleme mit der Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler, die Tendenz der Hauptschule zur Restschule zu verkümmern, zunehmende Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft zeigen bisherige Defizite des Erziehungs- und Bildungssystems unseres Landes auf.

Bildung setzt einen klaren gesellschaftlichen Wertekonsens voraus. Wer Bildung wertefrei nur auf die Vermittlung von sich immer schneller wandelndem Wissen und aktuell geforderten funktionalen Fähigkeiten beschränkt, verkennt das Wesen des Menschen und gerät in die Gefahr ihn zu instrumentalisieren. Aus der biblischen Aussage von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen ergibt sich der Grundsatz von der Freiheit des Einzelnen und aller Gemeinschaften sowie der Auftrag, Gottes Schöpfung in voller Verantwortung zu hegen und zu pflegen. Die ödp bekennt sich im Sinne von Artikel 1 unserer Landesverfassung zum abendländischen Wertegebäude, das sich auf der christlichen Grundlage entfaltet hat.

Die Vermittlung von Werten gehört unabdingbar zur Persönlichkeitsbildung und ist ein Muss für alle in Bildung und Erziehung tätigen Kräfte. Werteerziehung darf nicht im Sinne eines Alibis auf die Fächer Religion oder Ethik abgewälzt werden.

Schulen brauchen also den Mut, durch das Wort, das gelebte Beispiel und das erzieherische Handeln ihrer Lehrkräfte Wertevermittlung in jeden Unterricht einzubeziehen. Leitmotive der Erziehung müssen sein: Ehrfurcht vor dem Leben, Gerechtigkeit, gewaltfreie Konfliktbewältigung und Bewahrung der Schöpfung sowie Wahrhaftigkeit, Hilfsbereitschaft und Toleranz. So soll an Schulen der demokratische Umgang miteinander eingeübt und die Bereitschaft zu sozialem, ökologischem und politischem Engagement gefördert werden.

Zwingend notwendig für die Erziehung sind personale Beziehungen und Bindungen, die altersangemessen in Kindergarten, Grundschule, an weiterführenden Schulen, Hochschulen und beruflichen Ausbildungsstätten über die Familie hinaus wachsen und zur Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der jungen Generation führen. Es ist wichtig, dass zumindest die Grundschule wohnortnah ist, möglichst auch die weiterführenden Schulen.

Zu einer umfassenden Schulbildung gehören das Erlernen grundlegender Arbeitsmethoden und der Erwerb guter Sozialkompetenz. Schulen sollen das Forum sein, wo Zusatzqualifikationen in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen erworben werden sollen, zum Beispiel mit Naturschutzverbänden, Sportvereinen oder Musikschulen. Kooperationen mit solchen Trägern der Jugendarbeit sind daher zu unterstützen und auszubauen.

Rasche Veränderungen in der Berufswelt erfordern Strukturänderungen im System der schulischen und betrieblichen Berufsausbildung. Die Stärkung von Schlüsselqualifikationen und eine größere Flexibilisierung der Ausbildungsgänge erlauben eine schnellere Reaktion auch im Hinblick auf neu zu definierende Ausbildungswege.

## **Die ödp fordert:**

- § Für alle Schularten die Möglichkeit, bei besonders schwierigen Situationen kleine Lerngruppen oder kleinere Klassen einzurichten, um Defizite möglichst effektiv und frühzeitig auszugleichen.
- § Mehr Schulsport, um Jugendliche für verschiedene Sportarten und damit verbundene Vereine zu begeistern. Schulsport ist außerdem wichtig für die körperliche Konstitution. Durch ein späteres Engagement im Verein hängen Jugendliche nach der Schulausbildung und noch ohne Lehrstelle nicht ganz in der Luft.
- § Die Übernahme der Kosten für Schülerbeförderung durch die öffentliche Hand.
- § Keine weitere Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für das Lehrpersonal.
- § Einstellung von pädagogisch geschultem Fachpersonal für die Betreuung an Ganztagschulen außerhalb der Unterrichtszeit.
- § Zurücknahme des Schulsponsoring und längerfristiges Verbot desselben, um eine damit verbundene mögliche Beeinflussung zu verhindern.
- § Die Möglichkeit, ein freiwilliges soziales Jahr in Haushalt, Landwirtschaft, Pflege oder Naturschutz in die Schullaufbahn einzufügen.
- § Jedem größeren Lehrerkollegium müssen ein Schulpsychologe und ein Sozialpädagoge angehören. Die Ausbildung zum Lehramt ist konsequent auf die Situation in den heutigen Schulen auszurichten.

**Wer ödp wählt, setzt sich ein für Allgemeinbildung mit methodischer und sozialer Kompetenz und stärkt eine ganzheitliche wertorientierte Pädagogik!**

# Hochschulpolitik und Forschung: Verantwortlich forschen und lehren

Die Wissenschaft bildet als Teil der Kultur die geistige Grundlage unserer Gesellschaft. Daher spiegelt sich unsere gegenwärtige gesellschaftliche Situation auch in der Forschungslandschaft wider. Vermehrt werden große Teile der Naturwissenschaften darauf reduziert, möglichst rasch neue Technologien zur Verfügung zu stellen, auch dort, wo deren Einsatz fragwürdig oder gefährlich ist. Verkrustete Strukturen im Forschungs- und Lehrbetrieb und mangelnde Zusammenarbeit über die Grenzen der Disziplinen hinweg führen dazu, dass die Wissenschaften Lösungsvorschläge für die ökologische Krise schuldig bleiben.

Nötig ist eine Neustrukturierung der Forschungslandschaft und die ständige Begleitung der Wissenschaften durch eine kritische Ethikkommission.

Wir wollen Abhängigkeiten der Forschung offen legen. Den Universitäten muss durch Erhöhung der Sockelbeträge die finanzielle Unabhängigkeit zurückgegeben werden. Mit staatlichen Forschungsgeldern sollen umweltschonende Technologien gefördert werden. Dazu gehört auch die Förderung wirtschaftswissenschaftlicher Modelle, die den Wert der natürlichen Ressourcen in ihren Rechnungen berücksichtigen. Die Grundlagenforschung soll von der Drittmittelförderung - besonders der industriellen - unabhängig werden. Dagegen will die ödp die Industrie zur Finanzierung der angewandten Forschung stärker heranziehen.

Die Forschung an menschlichen Embryonen und die gentechnische Veränderung menschlicher Keimbahnzellen sind ethisch nicht zu verantworten und müssen strikt verboten bleiben. Die Patentierung von Genen des Menschen lehnen wir ab, da sie mit der Menschenwürde unvereinbar ist.

Auch die Manipulation und Patentierung von tierischen und pflanzlichen Genen ist inakzeptabel.

## Die ödp fordert:

- § Für Studierende der Naturwissenschaften, der technischen Studiengänge und der Medizin müssen Veranstaltungen zu ethischen und ökologischen Themen verpflichtend sein.
- § Für das Konzipieren neuer Technologien und Verfahrensweisen müssen staatliche Anreize dafür sorgen, dass diese weitgehend unter Einsatz regionaler Ressourcen gestaltet werden.
- § Die Stellung der Fachhochschulen und Berufsakademien muss gestärkt werden. Sie müssen außerdem enger mit den Universitäten zusammen arbeiten.
- § Durch öffentliche und interdisziplinäre Foren sollen die Universitäten wieder stärkere Impulse in die Gesellschaft geben.
- § Eine verfasste Studentenschaft soll wieder ein hochschul- und allgemeinpolitisches Mandat erhalten und ihre Mittel selbst verwalten können.
- § Das Studium soll für die Regelstudienzeit weiterhin kostenlos sein.

**Wer ödp wählt, fördert eine ethisch orientierte und ökologisch verantwortlich handelnde Wissenschaft, die uns allen dient, und achtet auf die Freiheit von Forschung und Lehre!**

## Medienpolitik: Rote Karte für Menschenverachtung in den Medien

Seit Jahren wird das öffentlich-rechtliche Mediensystem von interessengeleiteten Spitzenpolitikern und profitorientierten Konzernen ausgehebelt. Private Sender treiben das Programmangebot in eine Spirale der Niveausenkung.

Die Folgen sind extrem seichte, zynische und gewaltverherrlichende Angebote, ein Verlust der Qualität, Vielfalt und Ernsthaftigkeit von Informationen und auch eine Überforderung vieler Kinder und Eltern durch eine gezielte Indoktrinierung. Auch in Kinderkanälen sind die Inhalte vielfach nicht kindgemäß und von Gewalt und Konsumwerbung überfrachtet.

Viele Sendungen haben menschenverachtenden Charakter. Sowohl der gesamte Bildungsbereich als auch der kulturelle Freizeitbereich leiden darunter. Ein hemmungsloser Marktliberalismus im Mediensektor geht auf Kosten der seelischen Gesundheit von Kindern und Erwachsenen und leistet einem verschwenderischen und egozentrischen Lebensstil Vorschub.

### Die ödp fordert:

- § Eine Medienpolitik mit klarer Wertorientierung.
- § Von Politik und Industrie unabhängige öffentliche Hörfunk- und Fernsehanstalten.
- § Aufklärungsarbeit in Kindergärten und Schulen über die Medien und ihre Wirkungen.
- § Eine stärkere zielgerichtete Beratung der Eltern zum Beispiel bei Elternabenden, auch im Hinblick auf die Nutzung und Risiken des Internet.
- § Konsequente Nutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten.
- § Stärkere demokratische Legitimierung der Rundfunkräte.
- § Freihaltung von Kindergärten und Schulen von aktiver Medienbeeinflussung jeglicher Art.
- § Verbot politischer Beeinflussung von Kindern durch kinderspezifische Medien.

**Wer ödp wählt, entscheidet sich für den Erhalt und die qualitative Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems ebenso wie für eine wirkungsvolle Medienaufsicht. Die Würde des Menschen muss auch gerade in den Medien gewahrt werden!**

## Finanzpolitik: Maßvoll mit unseren Steuergeldern umgehen

„Maß halten“ ist eine Maxime, die besonders im Umgang mit Steuergeldern zu gelten hat. „Das Handeln der Menschen heute muss den nachfolgenden Generationen soviel Freiheit lassen, dass auch sie zum Handeln noch fähig sind.“ (Hans Jonas, Philosoph).

Die bisherige Finanzpolitik hat Bund, Länder und Kommunen, das heißt uns alle, in die Schuldenklaverei geführt. Jede/r Baden-Württemberger/in ist mit über 18 000 Euro belastet. Die Mittel, die für Schuldentilgung und Zinslasten benötigt werden, fehlen für soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben.

Wir müssen so schnell wie möglich von einer Finanzordnung loskommen, die privaten Reichtum bei einigen Wenigen vermehrt und Schulden bei öffentlichen und privaten Haushalten anhäuft und damit die Zahl der Armen erhöht. Dazu sind durch eine Steuerreform alle Steuerschlupflöcher zu schließen.

Das Privatsponsoring öffentlicher Aufgaben wird zunehmend als Königsweg für schlanke Verwaltung propagiert. Damit begibt sich die öffentliche Hand in die Grauzone der Korruption, die Demokratie wird unterhöhlt. Dies ist der nicht hinnehmbare Preis für überzogene Steuersenkungen bei den Großen.

Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik muss ein vollständiger Verzicht auf Netto-Neuverschuldung und letztlich ein kompletter Abbau aller Schulden sein. Sich in der heutigen Situation mit Großprojekten wie Fildermesse und Stuttgart 21 weiter zu verschulden, ist eindeutig ein falscher Weg.

### Die ödp fordert:

- § Einfache und transparente Steuergesetze ohne Ausnahmeregelungen.
- § Zeitliche Begrenzung von Subventionen. Ihre Wirksamkeit muss immer wieder auf den Prüfstand.
- § Die vom Landesrechnungshof ermittelten Verschwendungen von Steuergeldern müssen konsequent verfolgt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.
- § Konsequenterer Durchsetzung der Mehrwertsteuererhebung statt Mehrwertsteuererhöhung.
- § Steuerbetrug und Steuerflucht sind konsequent zu ahnden.
- § Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe muss über die Dauersubventionierung gestellt werden.

**Wer ödp wählt, stemmt sich gegen die weitere Anhäufung von Schulden zu Lasten der kommenden Generationen!**

## **Privatisierung: Kein Ausverkauf der Grundversorgung**

Die zunehmende Privatisierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen führt zu einem erheblichen Verlust an Demokratie. Das Entscheidungsrecht zur öffentlicher Daseinsfürsorge wird damit unmöglich.

Betriebe, die unmittelbar mit der Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Wasser, Verkehr usw. beauftragt sind, dürfen nicht privatwirtschaftlich geführt werden, sonst werden Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt und Gewinne privatwirtschaftlich abgeschöpft. Eine besonders abzulehnende Form der Privatisierung ist der Verkauf von öffentlichen Dienstleistungsbetrieben in ausländische Hände (Cross-Border-Leasing), weil solche Verkäufe die Öffentliche Hand politisch erpressbar machen.

Jeder Nutzer von öffentlichen Einrichtungen soll mit einem Grundpreis zu deren Infrastruktur beitragen und mit dem Arbeitspreis seiner persönlichen Nutzung angemessen belastet werden. Somit wird die Einsparung von lebensnotwendiger Energie und Wasser gefördert. Versorgungsbetriebe müssen kostendeckend von der Solidargemeinschaft getragen werden.

Besonders negative Beispiele, auch im Hinblick auf Kundennähe, sind die Privatisierung von Post und Bahn. Hier hat der Übergang in privatwirtschaftliche Unternehmen zu einem erheblichen Verlust an Qualität und auch an Arbeitsplätzen geführt.

### **Die ödp fordert:**

- § Der Bund muss Mehrheitseigner der Bahn bleiben und bestimmenden Einfluss haben.
- § Rückführung von gescheiterten Privatisierungsunternehmen in staatliche Hand.
- § Baldmöglichst staatlicher Rückkauf von privatisierten Unternehmen der Grundversorgung.
- § Privatisierte Unternehmen, die die Grundversorgung in den Bereichen Energie, Wasser, Gesundheitswesen, Post und Telekommunikation übernommen haben, sind bis zum Rückkauf durch eine staatliche Regulierungsbehörde zu überwachen.

**Wer ödp wählt, will den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen stoppen!**

# Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik: Handwerk und Mittelstand stärken

Basis für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik muss das Festhalten an ökologischen Gesetzmäßigkeiten sein. Mit Erreichen eines bestimmten zivilisatorischen und technischen Niveaus (Konsum auf höchstem Niveau) ist Wachstum nicht mehr möglich. Schon heute zeigt sich das an zunehmender Arbeitslosigkeit und Verarmung. Da Überproduktion schon zur massiven Zerstörung von Kapazitäten führt, verschieben sich die wirtschaftlichen Ziele von der Produktionsgesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft.

Handwerk und Mittelstand stellen insgesamt nicht nur mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze als Großkonzerne zur Verfügung, sondern zahlen auch mehr Steuern. Deshalb gilt das Hauptaugenmerk ökologisch-demokratischer Wirtschaftspolitik der gezielten Mittelstandsförderung. So fordern wir übereinstimmend mit dem baden-württembergischen Handwerkstag einen verringerten Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Dienstleistungen. Die öffentliche Hand hat bei der Auftragsvergabe noch stärker auf mittelstandsgerechte Ausschreibungen zu achten.

Sichere Arbeitsplätze im Handwerk lassen sich unter anderem im Bereich der dezentralen und regenerativen Energieversorgung und in der Altbausanierung schaffen. Hierbei trägt das Handwerk in vorbildlicher Weise zum Klimaschutz und zur Reduzierung des Flächenverbrauchs bei.

Die Entwicklung zu immer mehr Sonntagsarbeit muss gestoppt werden. Wir brauchen gemeinsame Ruhepausen, in denen wir Zeit haben für uns und unsere Familien und auch für die religiöse Sinnstiftung des Tages. Sonntagsarbeit muss wieder auf das unverzichtbare Maß an Dienstleistungen reduziert werden.

## Die ödp fordert:

- § Die vorhandene Arbeit muss auf möglichst alle Arbeitsfähigen verteilt werden. Dabei entstehen mehr Arbeitsplätze mit weniger Arbeitszeit. Bei mittleren und höheren Einkommen ist dies mit Einkommensminderung verbunden.
- § Reduzierung der Ausbildungsvergütungen zugunsten von mehr Ausbildungsplätzen.
- § Länder und Bund müssen Möglichkeiten schaffen, dass die in großem Umfang vorhandene Arbeit zu akzeptablen Bedingungen erledigt werden kann.
- § Ausbildung und Beschäftigung von mehr Lehrern für eine bessere Ausbildung der Jugend.
- § Schaffung von zusätzlichen, dringend notwendigen Dienstleistungsstellen in Pflege, Nahverkehr, Landwirtschaft usw..
- § Weitreichende Unterstützung von eigeninitiiertem Arbeitswillen.
- § Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit, sofern dadurch nicht ununterbrechbare Arbeitsabläufe gestört werden.
- § Konsequente Beschäftigung und Integration von Menschen mit Behinderung in weitgehend allen Arbeitsbereichen.

- § Wieder vermehrt Ausbildungsplätze auch in der Großindustrie, keine Möglichkeit des Freikaufs durch Ausbildungsplatzabgaben.
- § Arbeitsplätze durch Sanierung von Verkehrsinfrastruktur.

**Wer ödp wählt, kämpft auch dafür, dass der Sonntag Sonntag bleibt!**

## Siedlungs- und Verkehrspolitik: Zwei Seiten einer Medaille

Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen in unserem gesamten Bundesland sind auf eine zunehmende motorisierte Mobilität hin ausgerichtet. Arbeits- und Freizeitplätze befinden sich heute häufig weitab vom Wohnort. Die ständige Fortschreibung einer Förderpolitik zugunsten des Straßenverkehrs hat zu einer Entwicklung geführt, die so nicht weitergehen kann. Der Energieverbrauch für die individuelle Mobilität verschwendet nicht nur unsere fossilen Energieressourcen, sondern belastet auch die Umwelt mit Ozon, Smog, Feinstaub, Lärm und schädigt empfindlich das Klima.

Eine weitere Folge der Mobilität ist die Zersiedelung unserer Landschaft. Viel natürlicher Lebensraum wird verbraucht, die versiegelten Flächen nehmen so zu, dass die künftig zu erwartenden Wetterkatastrophen vermehrt zu Überschwemmungen oder auch zu Austrocknungen führen werden.

Die Versorgung einer weitläufig zersiedelten Landschaft durch einen wirtschaftlich arbeitenden und flächendeckenden Nahverkehr ist unmöglich.

Das ödp-Verkehrsprogramm will verhindern, dass Zivilisation und Wohlstand weiterhin mit steigenden Umwelt- und Gesundheitsgefahren für uns und künftige Generationen erkaufte werden.

Wir wollen eine weitere Zersiedelung verhindern. Die Integration von Städten und Dörfern in ihr ökologisches Umfeld sowie die Einschränkung des Landschaftsverbrauchs sind daher für uns vorrangige Ziele. Tagtäglich werden in Baden-Württemberg 13 Hektar überbaut und damit versiegelt. Unversiegelte Böden sind als unersetzbare Lebensgrundlage anzusehen.

### Die ödp fordert:

- § Verkehrsvermeidung durch kurze Wege. Zusammenführen von Wohnungen, Arbeitsstätten und Einkaufsmöglichkeiten in Bau- und Sanierungsgebieten.
- § Rückbau ungenutzter Verkehrsflächen.
- § Kompakte Bauweisen in Terrassenform mit reicher Begrünung.
- § Gezielte Förderung von Altbausanierung.
- § Eine auf die versiegelte Fläche bezogene Abwassergebühr.
- § Sanierung und Nutzung leerstehender Industrieanlagen.
- § Strikte Einhaltung der ökologischen Anforderungen bei Flächennutzungs- und Bebauungsplänen.

### Personenverkehr und ÖPNV

Das Land muss mit der Entwicklung eines flächendeckenden und zukunftsfähigen Bahnkonzepts neue Prioritäten in der Verkehrspolitik setzen (Netz 21 statt Stuttgart 21) und die Gelder dafür bereitstellen. Aufeinander abgestimmte Fahrpläne (integraler Taktverkehr) sind dabei das Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Ein technologisch und kundenspezifisch optimiertes Bahnsystem schafft viele konjunkturunabhängige Arbeitsplätze. Hierzu gehört auch ein weitreichendes Spektrum an Dienstleistungsangeboten rund um den ÖPNV.

### **Die ödp fordert:**

- § Die Schiene muss im Stadt-, Nah- und Fernverkehr Verkehrs- und damit Siedlungsentwicklungsschwerachse werden. Die Straße darf nicht länger ein Konkurrent der Schiene sein, sondern muss diese sinnvoll ergänzen.
- § Dem Fußgänger- und Fahrradverkehr müssen in der Verkehrsplanung eigene und gleichrangige Wege angeboten werden.
- § Die Bahncard muss in allen Verkehrsverbänden anerkannt werden.
- § An den Wochenenden muss das ÖPNV-Angebot bis in den späten Abend ausgeweitet werden.
- § Kostenlose Park- und Mitfahrssysteme müssen ausgebaut werden, eine freie Fahrradbeförderung im ÖPNV muss ermöglicht werden.
- § Dem Trend zu schweren PKWs (Vans, Offroader) muss entgegen getreten werden.
- § Umsteigeknoten oder Vorortbahnhöfe müssen durch preiswerte Verpachtung an Gastronomie und Dienstleistungsunternehmen mit Verpflichtung zur Sauberhaltung zu attraktiven Treffpunkten werden.
- § Straßenbahnverkehr muss mit dem Umlandschienenetz verknüpft werden (Beispiel Karlsruhe).
- § Das Konzept des Öko-Bahnhofs (optimale Verknüpfung Bahnverkehr/Individualverkehr) muss landesweit zum Einsatz kommen.

### **Wer ödp wählt, setzt sich für ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz ein!**

#### **Straßenverkehr**

Wer über innere Sicherheit und moderne Mobilität spricht, darf den Straßenverkehr nicht außer Acht lassen:

Allein in einem Monat gibt es in Baden-Württemberg Unfälle mit ca. 40 Verkehrstoten und über 3000 Verletzten - darunter zahlreiche Kinder - und einem immensen volkswirtschaftlichen Schaden.

In keinem Land Europas werden mehr Kinder Opfer von Verkehrsunfällen als in Deutschland, drei Viertel dieser Unfälle ereignen sich in geschlossenen Ortschaften.

### **Die ödp fordert:**

- § Maßnahmen gegen die zunehmende Aggressivität im Straßenverkehr.

- § Höhere Strafen für gefährliches Überholen, wesentlich zu schnelles Fahren oder zu dichtes Auffahren.
- § Stilllegung von nicht der StVZO entsprechenden Fahrzeugen.
- § Verbot von ablenkender, dynamischer Werbung an Straßen.
- § Ausweitung von Tempo-30-Zonen und geschwindigkeitssenkenden Maßnahmen.
- § Ausweitung von Maßnahmen gegen Alkohol am Steuer.
- § Deutlich stärkere Kontrollen gegen motorisiertes Rowdytum. Fahrverbot als Regelstrafe bei groben Geschwindigkeits- und Abstandsverstößen.
- § Engmaschige Überwachung der Lenk- und Ruhezeiten bei LKW und Bussen sowie häufigere Überprüfung der LKW-Fahrzeugsicherheit.

**Wer ödp wählt, nimmt nicht mehr widerspruchslos Jahr für Jahr viele Tote und Verletzte als angeblich unvermeidlichen Preis für unsere Mobilität hin!**

### **Güter- und Fernverkehr**

Als Verbraucherinnen und Verbraucher sind wir alle aufgefordert, regionale Produkte zu kaufen und damit Fernverkehr jeglicher Art zu reduzieren.

### **Die ödp fordert:**

- § Massengütertransporte (Kies, Zuckerrüben, Kraftstoffe usw.) müssen vorrangig über die Bahn bzw. das Schiff erfolgen.
- § Ein vertaktetes Huckepacksystem (für den LKW-Haus-zu-Haus-Verkehr) auf mehr Schienenstrecken.
- § Unbedingten Erhalt auch der zur Zeit ungenutzten Bahnflächen für zukünftige Bahnsysteme.

**Wer ödp wählt, stimmt für ein engmaschiges Schienennetz, gegen Blechlawinen, Lkw-Schlangen und teure Prestigeobjekte!**

# Energiepolitik:

## Energie dezentral erzeugen - effektiv und sparsam nutzen

Die Veränderung des Weltklimas wird in den kommenden Jahrzehnten alle Lebensbereiche negativ beeinflussen. Verantwortlich dafür sind im Wesentlichen die ungebremsten Emissionen von Treibhausgasen aus zivilisatorischen Wachstumsprozessen und die ungezügelte Energieverschwendung.

Die Politik hat 1992 beim Klimagipfel in Rio der Weltbevölkerung einen Kurswechsel auf dem Energiesektor versprochen, bisher dessen wirkungsvolle Umsetzung aber eher verhindert. Baden-Württemberg hat gute Voraussetzungen, eine Führungsrolle beim Klimaschutz zu übernehmen und dabei sinnvolle, krisensichere Arbeitsplätze zu schaffen. Die Kommunen sollen dabei Vorreiter sein.

Der Betrieb von Atomkraftwerken, die Wiederaufbereitung und vor allem die ungeklärte Endlagerung abgebrannter Brennstäbe bergen unkalkulierbare Risiken. Es entstehen außerdem bei der Gewinnung von Uran und beim Betrieb der atomtechnischen Anlagen hohe Mengen an schädlichen Gasen. Aus diesen Gründen lehnen wir die Nutzung der Atomenergie strikt ab.

### Die ödp fordert:

- § Die vorrangige Gewinnung regenerativer Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Geothermie und Biomasse.
- § Die effektivere Nutzung aller Energieformen (durch Brennstoffzellentechnik, Niedrigenergiehäuser, Isolierung bestehender Gebäude, Blockheizkraftwerke, bessere Antriebs- und Kühlmaschinen).
- § Konsequente Nutzung der Energiequelle 'Energieeinsparung', zum Beispiel durch Eindämmung der StandBy-Schaltung bei Geräten.
- § Herausgabe von Heizspiegeln ähnlich den bereits existierenden Mietspiegeln, damit schnell und kostengünstig der Heizungsverbrauch einer Wohnung ermittelt werden kann.
- § Energieversorger, an denen die öffentliche Hand mitbeteiligt ist, sind zu Dienstleistungsunternehmen umzubauen, die eine Optimierung und nicht Maximierung des Energieverbrauchs zum Ziel haben. Innovative Produkte, die diese Optimierung vervollkommen, sollen offensiv vermarktet werden und auch durch Engagement bei den entsprechenden Herstellern weiterentwickelt bzw. überhaupt erst produziert werden. Außerdem wird besonderer Wert auf die Bereitstellung von Strom aus regenerativen Energiequellen gelegt. Solche Dienstleistungsunternehmen bieten Kunden in der Zukunft bei weniger Energieeinsatz einen höheren Komfort (z. B. durch Fernwärme aus Blockheizkraftwerken).
- § Auf Stromimporte aus Atomenergie ist ein Risikoaufschlag einzuführen.
- § Die öffentliche Hand soll ihren Energiebedarf vorzugsweise aus regenerativen Quellen decken und hinsichtlich Einsparung und effizienter Nutzung von Energie Vorbild sein.
- § Vorrang für alle treibhausgaseinsparenden Techniken und Maßnahmen.
- § Konsequente Förderung von Entwicklungen, die die Möglichkeit zur Energieeinsparung zum Ziel haben.

- § Abschaltung der Atomkraftwerke und deren Rückbau. Angemessene Haftpflichtversicherungen sind abzuschließen.
- § Ausbildung von Fachkräften für den Rückbau von Atomkraftwerken. Einrichtung der entsprechenden Technischen Fakultäten.
- § Sofortige Einstellung der Bauarbeiten zum Zwischenlager Neckarwestheim, insbesondere auch auf Grund der geologischen Instabilität des Baugrundes.

**Wer ödp wählt, befürwortet eine dezentrale umweltfreundliche Energieversorgung, die genügend Spielraum für neue Konzepte und Techniken und somit neue Arbeitsplätze schafft!**

## Landwirtschaft:

### Existenzsicherung unserer bäuerlichen Familienbetriebe - gesunde Nahrungsmittel für die Bevölkerung

Die ödp sieht in der Landwirtschaft das wichtigste produktive Gewerbe überhaupt. Die etablierte Politik weist der Landwirtschaft eine eher untergeordnete wirtschaftliche Rolle zu.

Lebensmittelskandale (BSE, Dioxin in Hühnerfleisch, Hormone im Fleisch usw.) sind die logischen Konsequenzen einer auf fabrikmäßige Landwirtschaft ausgerichteten Politik. Der Anbau genmanipulierter Nutzpflanzen und die Verwendung der dazugehörigen Herbizide sowie die Gängelung der Bauern durch Nachbaugebühren für Saatgut verstärken diese Tendenz.

Bei der Verteilung von Fördermitteln auf Bundesebene werden Nord- und Ostdeutschland mit ihren vielen Großbetrieben gegenüber Süddeutschland bevorzugt. So gibt es in Süddeutschland vor allem bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe. Um die Vergabe von Fördermitteln zu ändern, muss Baden-Württemberg im Interesse seiner Landwirte eine Bundesratsinitiative zur Abgrenzung von bäuerlicher und agroindustrieller Landwirtschaft starten. Die Förderung soll verstärkt der bäuerlichen Landwirtschaft zugute kommen.

Dem Nebeneinander von einerseits stillgelegten und andererseits intensiv ausgebeuteten Flächen ist eine flächendeckende, den Boden und die Tierwelt schonende extensive Landwirtschaft vorzuziehen.

Die ödp begrüßt das bundeseinheitliche Öko-Prüfzeichen für Produkte aus ökologischem Landbau sowie die Zusammenarbeit der baden-württembergischen Öko-Anbauverbände in der AÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landwirtschaftsbetriebe).

#### Die ödp fordert:

- § Eine Aufwertung des bäuerlichen Berufsstandes.
- § Das landwirtschaftliche Angebotsspektrum soll ökologisch sinnvoll erweitert werden.
- § Agrarprodukte und Lebensmittel müssen grundsätzlich frei sein von gentechnischen Veränderungen.
- § Die Haftung der Saatguthersteller bei Schäden durch genetisch verändertes Saatgut.
- § Die Förderung der qualitätskontrollierten regionalen Direktvermarktung.
- § Mittel des Marktentlastungs- und Kulturlandschafts-Ausgleichsprogramms (MEKA) dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip angewandt, sondern müssen gezielt zur Extensivierung und Ökologisierung der Produktion verwendet werden.
- § Die Subventionierung der Landwirtschaft muss gebunden sein an deren ökologisch einwandfreie Ausrichtung.
- § Der Grundwasserschutz darf nicht durch eine Lockerung der Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung (SchalVo) gefährdet werden.
- § Die Fördermittel im Bereich Verarbeitung und Vermarktung, die bislang fast ausnahmslos an die Lebensmittelindustrie gegangen sind, müssen gezielt dem Handwerk (Bäckereien,

Metzgereien, Molkereien, Käsereien und kleineren Mühlen) und vor allem der Selbstvermarktung durch die Landwirte zugute kommen.

- § Einbindung auch der marktbeherrschenden Handelsketten in einen ökologisch ausgerichteten Umbauprozess der Agrarwirtschaft.

**Wer ödp wählt, setzt sich ein für eine gezielte Aufwertung der Landwirtschaft als Basis für die Erzeugung von einwandfreien Lebensmittel!**

## **Existenzsicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit**

Die Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe muss Grundsatz der Agrarpolitik werden. Den Bäuerinnen und Bauern muss durch leistungsgerechte Einkommen die Existenz gesichert werden; wir brauchen einen fairen Umgang nicht nur mit den Ländern der sogenannten „3. Welt“, sondern auch mit unserer heimischen Landwirtschaft. Dabei müssen auch die natur- und landschaftspflegerischen Leistungen der Betriebe honoriert werden. Durch diese Maßnahmen eröffnet sich auch für junge Leute in der Landwirtschaft eine Perspektive, und das Ansehen des Berufsstandes in der Gesellschaft steigt.

Bei breiter Anwendung des Existenzsicherungsvertrages können die bisherigen Agrarsubventionen mit Ausnahme der Sozialbeihilfen schrittweise wegfallen.

**Die ödp fordert:**

- § Schulen zum Erwerb eines Befähigungsnachweises für naturverträgliche Landwirtschaft.
- § Bewirtschaftung der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche nach ökologischen Grundsätzen.
- § Tierhaltung und Tierverwertung nach ökologischen Grundsätzen und Vorgaben des Tierschutzgesetzes.
- § Die ökologische Ausrichtung von landwirtschaftlichen Schulen und landwirtschaftlicher Beratung; kostenlose Schadstoffkontrollen für Landwirte.
- § Kostenlose Öko-Beratung sowie ökologische Studiengänge an den Universitäten.

**Wer ödp wählt, setzt sich ein für einen Existenzsicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit, bei dem das Land Baden-Württemberg den Bäuerinnen und Bauern einen Vertrag für ökologische Produktion und Erhalt der Kulturlandschaft anbietet!**

## Natur- und Landschaftsschutz: Den Reichtum unserer Heimat bewahren

Baden-Württemberg hat eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft. Diese Vielfalt an Lebensräumen, Tier- und Pflanzenarten zu bewahren, ist für uns von der ödp ein zentrales Anliegen. Noch immer findet der Naturschutz in der hiesigen Landespolitik zu wenig Beachtung.

Neben Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ist Baden-Württemberg das einzige Flächenland, das bisher keinen Nationalpark und erst ein Biosphärenreservat ausgewiesen hat. Bislang gibt es vor allem kleine, unzusammenhängende Schutzgebiete. Ein erfolgreicher Artenschutz ist aber in solchen „Inselchen“ nicht möglich.

### Die ödp fordert:

- § Den nach dem Naturschutzgesetz anerkannten Verbänden muss das Verbandsklagerecht eingeräumt werden.
- § Die vier Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege (BNL) müssen unbedingt beibehalten werden.
- § Auf regionaler und kommunaler Ebene muss die Gründung von Landschaftspflegeverbänden gefördert werden.
- § Die noch bestehenden natürlichen und naturnahen Freiräume müssen gesichert und der Bestand an Naturschutzgebieten erheblich ausgeweitet werden.
- § Großschutzgebiete müssen als Nationalparks ausgewiesen werden.
- § Die größeren Schutzgebiete müssen von Hauptamtlichen betreut werden.
- § Im Innen- bzw. Umweltschutzministerium muss eine Natur- und Landschaftsschutzpolizei eingerichtet werden. Hier bietet sich auch eine Aufnahmemöglichkeit für ehemalige Mitarbeiter des Bundesgrenzschutzes und des Zolldienstes an.
- § Die Vergabe von Betreuungsverträgen an die Naturschutzverbände muss ausgeweitet werden.

**Wer ödp wählt, sorgt dafür, dass der Naturschutz in Baden-Württemberg eine noch größere Bedeutung erhält und aus seinem Schattendasein herauskommt!**

## Tierschutz: Unsere Mitgeschöpfe achten - die Artenvielfalt erhalten

Auch der Tierschutz ist ein Maßstab für die politische Kultur und die Humanität der Gesellschaft. Wir erkennen in Tieren Mitgeschöpfe, auch in Nutztieren, welche zudem innerhalb unseres ökologischen Systems eine für uns überlebensnotwendige Funktion haben.

### Die ödp fordert:

- § Artgerechte Unterbringung und Pflege von Nutz-, Haus- und Zootieren.
- § Keine Käfighaltung für Tiere, die zur Erzeugung von Fleisch bzw. Tierprodukten gehalten werden.
- § Verbot von Tiertransporten über größere Entfernungen.
- § Verbot von Transportmitteln, in denen sich Tiere verletzen können.
- § Eine schärfere Überwachung der Schlachtbetriebe auf Einhaltung der Tierschutzgesetze.
- § Ein überwachtes Verbot des Schächtens, wie es bereits in der Schweiz eingerichtet ist.
- § Verbot des Handels mit Tieren und des Verkaufs von Tierprodukten, die nicht nach den europäischen Tierschutzrichtlinien gehalten und erzeugt wurden. Zur Identifizierung muss ein Zertifikat erarbeitet werden.
- § Einrichtung des Amtes einer/eines unabhängigen Landes-Tierschutzbeauftragten mit Klagebefugnis, die/der von den Tierschutzverbänden vorgeschlagen wird.
- § Verbot aller quälenden und leidvollen Tierversuche und Abschaffung der Pflicht für Studierende, Tierversuche durchführen zu müssen.
- § Verbot von Drückjagden.
- 
- § Zugewanderte früher hier heimische Beutetiere sind im Hinblick auf das biologische Gleichgewicht zu dulden.

**Wer ödp wählt, macht deutlich, dass Tiere keine Sachen, sondern unsere Mitgeschöpfe mit eigenen Rechten sind!**

# Innere Sicherheit und Justiz: Gewaltursachen bekämpfen - eine Aufgabe auch für die Gesellschaft

## Kriminalität

Über sein Gewaltmonopol ist der Staat verpflichtet, jede Person vor Kriminalität zu schützen. Unser Land bleibt auf dem Gebiet der inneren Sicherheit gefordert, vorrangig bei der Bekämpfung von Kriminalität. Diese ist in unserem Land erschreckend hoch und nimmt besonders bei Kindern und Jugendlichen überdurchschnittlich zu. Wegen der oft schweren und jahrelangen körperlichen und seelischen Schäden der Opfer ist der Gewaltkriminalität besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

## Rechtspflege

Eine geplante Justizreform sieht vor, dass es in Amtsgerichtsverfahren nur noch eine Instanz geben soll, bei der die Tatsachen festgestellt werden; in der zweiten Instanz sollen nur noch Rechtsfehler geprüft werden. Dadurch würde die Führung eines Prozesses erschwert, weil dann die Chance genommen wäre, wegen nicht berücksichtigter Tatsachen in die zweite Instanz gehen zu können.

## Die ödp fordert:

- § Punktuell erhöhte Personalausstattung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Gewaltkriminalität, der Korruption sowie der zunehmenden Computerkriminalität.
- § Verbesserung von Betreuung und Fürsorge von Kriminalitätsoptionen.
- § Besserer Schutz von Zeugen.
- § Die Rücknahme der Ausdünnung von Polizeidienststellen.
- § Personelle Verstärkung der Polizei für die bessere Besetzung örtlicher Polizeidienststellen rund um die Uhr und für mehr Bürgernähe.
- § Videoüberwachung an bestimmten Brennpunkten. Wir lehnen aber eine flächendeckende, insbesondere auch eine geheime Videoüberwachung konsequent ab.
- § Gewaltfreies Kinder- und Jugendfernsehen muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegenüber privaten und öffentlichen Fernsehanstalten durchgesetzt werden.
- § Für ein Leben ohne Gewalt sind politische Weichenstellungen vorzunehmen: in Erziehung, in Ausbildung und in den Medien. Nur die friedliche und kooperative Bewältigung von Konflikten schützt alle.
- § Eine Strafrechtsreform ist durchzuführen, die Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit und gegen die sexuelle Selbstbestimmung deutlich härter bestraft als Eigentumsdelikte.
- § Die Landesregierung muss sich im Bundesrat für die Beibehaltung von zwei Tatsacheninstanzen bei Amtsgerichtsverfahren einsetzen.

- § Die Strafmündigkeit ist auf zwölf Jahre herabzusetzen. Jugendliche kriminelle Wiederholungstäter sind in geeigneten Einrichtungen zu resozialisieren. Eine therapeutische Verschickung in Urlaubsgebiete lehnen wir ab.

**Wer ödp wählt, hilft mit, gegen organisierte Kriminalität wirksam anzugehen. Er setzt sich ein für eine neue Wertorientierung: weg von der Gewalt - hin zu friedlicher Konfliktlösung!**

## **Jugend: Den Heranwachsenden eine lebenswerte Perspektive**

Das Bild vieler Städte ist geprägt von zahllosen Jugendlichen ohne Bildung, Ausbildung, Arbeitsplatz und Lebensperspektiven.

Ohne Beteiligung der Jugend wird Baden-Württemberg ein Land ohne Zukunft werden. Um Kindern und Jugendlichen bessere Perspektiven zu bieten, ist Offenheit der Älteren gegenüber den Jüngeren ein wichtiges Gebot. Die Älteren müssen sich mehr Mühe geben, um die Gefühle und Lebensäußerungen von Jugendlichen kennen zu lernen. Vielfältige Beziehungen und der Austausch zwischen den Generationen sind für den sozialen Zusammenhalt eines Volkes überlebensnotwendig. Es darf dabei nicht übersehen werden, dass viele Lebensäußerungen Heranwachsender heute nicht eine originäre 'Jugendkultur' darstellen, sondern in mannigfacher Hinsicht die dem Lustprinzip folgenden Einflüsse unserer Konsumkultur widerspiegeln. Die Politik muss deshalb ihre Verantwortung gegenüber der Jugend wahrnehmen. Generationen verbindende Jugendarbeit ist eine ganz wesentliche Aufgabe der Politik. Perspektivlosigkeit erzeugt Frust und auch Hass auf die etablierte Gesellschaft. Verbale und tätliche Gewalt, zum Beispiel Vandalismus, sind die Folgen.

### **Die ödp fordert:**

- § Die Übertragung von gesellschaftlichen Aufgaben an Jugendliche, zum Beispiel Einbindung in Polizei, Feuerwehr und soziale Dienste.
- § Die Anhebung des Ansehens von Schulabschlüssen neben dem Abitur.
- § Die gesellschaftliche Aufwertung auch von nichtakademischen Berufen, zum Beispiel von Handwerks- oder Pflegeberufen, im Hinblick auf das soziale Gleichgewicht der Gesellschaft.
- § Keine Darlehen für Nichtverdienende, um der Verschuldungsfalle vorzubeugen.
- § Eine verstärkte Kontrolle der Schulpflicht.
- § Vertrauensvolle Dialoge zwischen Jugendlichen, Eltern und Politik mit den Themen Werte, Konsum und soziales Miteinander.
- § Eine Reduzierung der Jugendliche vereinnahmenden Werbung.

**Wer ödp wählt, tritt ein für zukunftsfähige Beziehungen zwischen Jugend und sozialem Umfeld!**

## Senioren:

### Lebensleistung würdigen - Erfahrungsschätze nutzen

Ein immer größerer Anteil unserer Bevölkerung ist aufgrund des Alters aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden. Immer mehr Menschen gelangen in ein sehr hohes Alter. Die Verschiebung der Alterspyramide ist inzwischen zu einem brennenden gesellschaftspolitischen Problem geworden, denn immer weniger Erwerbstätige haben in den nächsten Jahrzehnten immer mehr Rentner und Pensionäre zu versorgen. Die ältere Generation verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz, der der ganzen Gesellschaft nutzen kann. Diesen Schatz zu bergen und nicht achtlos verloren gehen zu lassen, ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Damit wird die Lebensleistung der Senioren zusätzlich zur Zahlung der Renten und Pensionen anerkannt.

Vor allem wird die Lebensleistung der Mütter in ihrer Bedeutung nicht ausreichend wahrgenommen und gewürdigt. In den Augen der etablierten Politik erscheinen Senioren insgesamt als kostenintensiver Ballast, der die wirtschaftliche Weiterentwicklung behindert. So werden Senioren zusehends ins Abseits oder gar an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

#### Die ödp fordert:

- § Es müssen Strukturen geschaffen werden, die sicherstellen, dass Altenpflege keine Dumpingpflege wird. Senioren sollen möglichst lange im Familienverband leben können.
- § Die Lebensleistungen der Senioren müssen anerkannt, Erfahrungen genutzt werden.
- § Die Schaffung der Voraussetzungen zur Stärkung der Familienbande, auch im Hinblick auf eine spätere Pflege der Senioren durch die eigenen Kinder.
- § Rücksichtnahme auf Senioren in Verkehr und Infrastruktur.
- § Die Würde des Menschen muss auch im Alter erhalten bleiben.
- § Es darf keine sprachliche oder technologische Ausgrenzung von Senioren geben.
- § In Altenheimen sollen kulturelle Angebote für die gesamte Bevölkerung angeboten werden.

**Wer ödp wählt, setzt sich für ein lebenswertes Leben auch im Seniorenalter ein!**

## Menschen mit Behinderung: Einbinden statt Ausgrenzen

Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht. Zu diesen zählen neben den Kindern und alten Menschen auch die Behinderten. Trotz und auch wegen der vielfältigen Möglichkeiten der heutigen Medizin gibt es oder entsteht Behinderung in allen Altersstufen. Der Staat muss helfen, dass alle behinderten Menschen ihren Alltag möglichst problemlos bewältigen können. Es ist davon auszugehen, dass auch ein behinderter Mensch seinen Möglichkeiten entsprechend volle Leistung erbringt. Dabei ist auch zu beachten, dass nicht jeder technische Fortschritt, zum Beispiel Automation, den Behinderten nützt.

### Die ödp fordert:

- § Die Schaffung von mehr behindertengerechten Arbeitsplätzen.
- § Die weitgehende Einschränkung der Möglichkeit, sich von der Beschäftigung Behinderter freizukaufen.
- § Öffentliche Bereiche müssen ausnahmslos behindertengerecht sein. Dazu gehören insbesondere die Bahn, der ÖPNV und ihre Umfelder.
- § Verfügbare technische Hilfsmittel müssen konsequent eingesetzt und zur Verfügung gestellt werden.
- § Die Gesellschaft muss sich bei ihrer Weiterentwicklung an ihren Schwächsten orientieren.
- § Keine wie auch immer geartete nachteilige Behandlung von Menschen, die ihre Bedürfnisse und Wünsche nicht selbst ausdrücken können.

**Wer ödp wählt, wählt eine konsequente Integration von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft!**

## **Integration: Kulturelle Vielfalt in einer starken und wertebewussten Demokratie**

Die durch ausländische Mitbürger entstandene kulturelle Vielfalt bereichert das Leben unseres Landes. Für ein reibungsloses Zusammenleben auf der Grundlage unserer Gesetzgebung und Verfassung ist jedoch eine Integration zwingend notwendig. Damit kann einer erkennbaren Angst vor Überfremdung vorgebeugt werden. Der häufig proklamierten Ausländerfeindlichkeit wird somit der Boden entzogen.

### **Die ödp fordert:**

- § Nachweis einer erfolgreichen Teilnahme am Sprachunterricht..
- § Integration muss im Kindesalter beginnen.
- § Grundrechte müssen vermittelt und gelebt werden.
- § Förderung von erfolgreichen, auch unabhängigen Integrationsinstitutionen.
- § Werben für unsere Wertegesellschaft. Bewusstmachung von persönlichen Rechten, Pflichten und persönlicher Freiheit.
- § Nutzung der Hintergründe der Migration hier lebender ausländischer Mitbürger als Basis für Völkerverständigung.

**Wer ödp wählt, überlässt die Integration nicht dem Zufall, sondern gestaltet sie!**

## Politischer Extremismus: Den Anfängen wehren

Die ödp lehnt jede Form von politischem Extremismus konsequent ab. Wir erkennen aber auch, dass diese Tendenz der Politik häufig durch eine massive politische Enttäuschung entsteht. Deshalb muss die etablierte Politik dringend auf kommunikativem Wege versuchen, die Ursachen des Extremismus festzustellen und diesem entgegen zu treten.

Die Abwehr von politischem Extremismus darf nicht zur Beschneidung von Persönlichkeitsrechten führen, Demonstrationsfreiheit, Schutz der Persönlichkeit und Wohnung und auch das Recht auf Widerstand müssen erhalten bleiben.

Die ödp erkennt auch bei den etablierten Parteien eine zunehmende Tendenz zur Verwendung eines undemokratischen Politikstils. Hierzu gehört insbesondere auch der willkürliche Umgang mit unserer Verfassung und die Ignoranz gegenüber bestehenden Gesetzen.

### Die ödp fordert:

- § Politik muss konsequent verfassungskonform sein.
- § Auch die Politik der sogenannten Mitte muss kritisch beobachtet werden. Es muss erkannt werden, dass extremistische Politik nicht nur von links und rechts kommt.
- § Eine kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen von politischem Extremismus.
- § Das politische Verhalten der Regierenden gegenüber Diktatoren und politisch extremen Organisationen muss weltweit distanziert sein.
- § Eine kritische und mutige Auseinandersetzung mit Regierungen, die das Völkerrecht missachten.
- § Politiker, die Politik mit konkreter Gewalt machen oder diese auch nur androhen, müssen konsequent verurteilt und bestraft werden - den Anfängen wehren.

**Wer ödp wählt, wählt eine Politik, die versucht, frühzeitig die Quellen von politischem Extremismus zu erkennen und den Extremisten durch inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ursachen die Grundlagen zu entziehen!**

# Mobilfunk:

## Sorgfältiger Umgang mit einer nicht unbedenklichen Technologie

Viele wissenschaftliche Arbeiten weisen nach, dass die Strahlen des Mobilfunks schwere Gesundheitsschäden verursachen. Auch die Bundesärztekammer warnt vor der Strahlung der Handys. So seien insbesondere Kinder von Handys fernzuhalten, weil Schäden am Erbgut nicht auszuschließen sind. Gepulste Strahlung, wie sie im Mobilfunk verwendet wird, findet Einsatz auch in der Gentechnik zur Veränderung des Erbguts.

Neben den Mobilfunktelefonen stellen auch die schnurlosen Heimtelefone (DECT-Technik) wegen der kontinuierlichen Strahlung ein großes Gefährdungspotential dar. Diese Telefone senden nämlich ständig, häufig in unmittelbarer Umgebung des Besitzers, auch wenn nicht telefoniert wird.

### Die ödp fordert:

- § Eine Bewusstmachung der Gefahren des Mobilfunks. Ein Handy ist kein Spielzeug.
- § Eine drastische Senkung der Strahlen-Grenzwerte.
- § Keine Mobilfunkantennen in Wohngebieten sowie in der Umgebung von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern.
- § Die Landesregierung muss die Landesbauordnung so abändern, dass für die Errichtung oder Änderung von Antennen bei einer Höhe von bis zu 10 m auch in Zukunft eine Baugenehmigung notwendig ist. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den anstehenden Ausbau der UMTS-Technologie.
- § Ein Strahlenkataster muss erhoben werden. Rahmenpläne über Aufstellungsorte für Antennen müssen zur Pflicht werden.
- § Keine Abschaffung der ungefährlichen analogen Telefone.
- § Zulassung alternativer Standards wie CT2 (sendet nur während des Gesprächs).

**Wer ödp wählt, wählt eine Politik, die neue Technologien erst nach dem Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit akzeptiert!**

## Nachwort

Wie lebensnotwendig die Bewahrung unserer natürlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen ist, haben die im Landtag etablierten Parteien immer noch nicht begriffen. Deren Politik erschöpft sich in der Symptombekämpfung und in wohlklingenden Absichtserklärungen.

Dem setzen wir eine Politik entgegen, die an den Ursachen der Probleme ansetzt und sich an ethischen Wertmaßstäben orientiert, wie sie zum Beispiel im christlichen Glauben zum Ausdruck kommen. Maßhalten, Ehrfurcht vor dem Leben, Ehrlichkeit und Verbindlichkeit sind Werte, die auch in der baden-württembergischen Landespolitik wieder zur Geltung kommen müssen.